

Kapital macht Politik

Konzerne, Banken, Verbände mischen mit: Nach Urteil gibt CDU/CSU Lobbyistenliste frei. Diese ist länger als die aller anderen Fraktionen zusammen

Susan Bonath

Politik und Meinungsmache im Sinne des Großkapitals: Seit 2013 haben 1.111 Interessenvertreter von 470 Konzernen und Organisationen durch die Fraktionen Zugang zum Bundestag erhalten. Mit 756 Hausausweisen bewilligte die CDU/CSU mehr als doppelt so viele wie die mitregierende SPD (257), die Grünen (61) und Die Linke (28) zusammen. Das geht aus einer am Wochenende von der Internetplattform »Abgeordnetenwatch.de« veröffentlichten Liste hervor.

Mit der Bekanntgabe reagierte der Bundestag auf einen Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 20. November. Geklagt hatte der *Tagesspiegel*, wie dieser bereits am Freitag meldete. Schon im Juni hatte das Verwaltungsgericht Berlin Abgeordnetenwatch recht gegeben und die Fraktionen dazu verpflichtet, ihre Lobbyisten bekanntzugeben (*jW* berichtete). Daraufhin hatte zwar die SPD eine Liste vorgelegt. CDU und CSU hatten dies aber verweigert. Die Regierungsfaktionen waren gegen das erste Urteil in Berufung gegangen.

Gut vertreten im Bundestag ist die Rüstungsindustrie. Alleine die Konzerne Airbus und EADS verfügen über zwölf Ausweise. Freien Zutritt haben zudem Krauss-Maffei Wegmann, Eurocopter, Diehl, Daimler, Lufthansa, MTU, Lürssen und die RUAG Holding. Die Waffenschmieden Rheinmetall und Thyssen-Krupp verfügen je über zwei Zugangsscheine von der Union und einen der SPD. Der »Förderkreis Deutsches Heer« darf drei Vertreter schicken. Auch die Betriebsräte der Rüstungsbranche hält sich die Union mit zwei »Freimandaten« warm.

Die Fracking-, Öl- und Gaslobby ist unter anderem mit Exxon Mobil, Wintershall und Shell vertreten. Von E.on, Vattenfall, BP Europa SE über EnBW bis RWE und Areva gehen Energiekonzerne ein und aus im »hohen Haus«. Die deutsche Finanzlobby spielt ebenfalls politisch mit. Lobbyisten schicken unter anderem Commerzbank, Aa real, KfW, Deutsche Börse AG, Volks- und Raiffeisenbank. Die Interessen der Pharmaindustrie setzten etwa Bayer, Glaxo Smith Kline und Novartis durch. Weitere politische Einflussnehmer sind der Chemieriese BASF, die Telekommunikationsunternehmen Telefonica Germany und Telekom sowie Opel, BMW, Ford, VW, Post und Bahn, Condor, Siemens, Bombardier, Bosch, Ferrostaal, Schaeffler, das Zeitarbeitsunternehmen Manpower und viele andere.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und Industriegewerkschaften Metall sowie Energie, Bergbau, Chemie fahren auf SPD- und CDU/CSU-Tickets. Und die FDP darf seit ihrer Abwahl weiter im Parlament ein und aus spazieren. Vertreter vom Onlinenetzwerk Facebook reden auf SPD-Schein mit. Ganze dreizehn Hausausweise erhielt der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) von CDU und CSU, zwölf bekam der Zentralverband des Deutschen Handwerks, acht das

Bischofskommissariat. Hinzu kommen zahlreiche weitere Unternehmerverbände.

Mitredende Medien- und Meinungsmogule sind unter anderem der Axel-Springer-Verlag und die Bertelsmann-Stiftung. Die Unionsfraktion gewährt darüber hinaus einer großen Anzahl PR-, Beratungs- und Lobbyagenturen Freifahrtscheine, darunter etwa der Eutop International GmbH und »Concilium«. Ersterer hat sich direkt auf Lobbyarbeit für Großkonzerne spezialisiert. Letzteres Unternehmen bringt auf seiner Webseite Details zu seiner Arbeit im Parlament auf den Punkt. Hilfe bietet der Dienstleister demnach bei Fördermittelbedarf, wenn »Verordnungen oder Gesetzesinitiativen« die »Innovationskraft hemmen« oder gar »Bürgerinitiativen die Durchsetzung eines Projekts erschweren«.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-01/020.php>